



Sparkasse
Paderborn-Detmold

Geschäftsbericht 2015

Lagebericht 2015

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist gemäß § 1 Sparkassengesetz (SpkG) eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Lemgo unter der Nummer A 3406 und beim Amtsgericht Paderborn unter der Nummer A 2232 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband der Kreise Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg und Paderborn. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Detmold und Paderborn und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, die an den Kreis Paderborn angrenzenden Kreise, die an den Kreis Lippe angrenzenden Amtsgerichtsbezirke sowie die Amtsgerichtsbezirke Bad Arolsen und Korbach. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft erholte sich im Laufe des Jahres 2015 weiterhin zögerlich und uneinheitlich. Während sich die konjunkturelle Lage in den Industrieländern, begünstigt u.a. durch niedrige Ölpreise und nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen, positiv entwickelte, dämpften dagegen strukturelle Hemmnisse und makroökonomische Ungleichgewichte die Wachstumsperspektiven in den aufstrebenden Volkswirtschaften.

Im Euro-Raum wurde die Konjunkturerholung zunehmend von der Binnennachfrage getragen. Positiv ausgewirkt haben sich zudem der erheblich gesunkene Außenwert des Euro, die deutliche Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte sowie die Halbierung des Ölpreises.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft wurde im Jahr 2015 überwiegend durch die lebhaftere Binnennachfrage - in erster Linie durch den privaten Konsum - gestützt. Mit einer Zuwachsrate von 1,7 % legte die reale Wirtschaftsleistung im gleichen Tempo zu wie im Jahr zuvor (1,6 %). Treibende Faktoren waren darüber hinaus die günstige Arbeitsmarktlage (Arbeitslosenquote 6,4 %) und die kräftigen Zuwächse der realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Die Inflationsrate betrug im Berichtsjahr 0,3 % (Vorjahr: 0,9 %). Bei den Bauinvestitionen, die mit einer Zuwachsrate von 1,0 % deutlich weniger dynamisch zulegten als im Vorjahr (2,9 %), machten sich die rückläufige öffentliche Bautätigkeit und abnehmende gewerbliche Bauinvestitionen bemerkbar. Selbst die Zuwachsrate im Wohnungsbau blieb mit 2,7 % (Vorjahr: 3,3 %) in Anbetracht historisch günstiger Finanzierungsbedingungen, einer steigenden Nachfrage nach Wohnungen in größeren Städten und höherer Immobilienpreise relativ schwach.

Einer kräftigeren Expansion des Wohnungsbaus dürften Engpässe auf der Angebotsseite entgegenstehen. Dies wurde an der hohen Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe ersichtlich. Bei den Unternehmen stellte sich die Investitionstätigkeit eher moderat dar. Ursächlich hierfür war in erster Linie die seit Mitte des Jahres wieder ansteigende Verunsicherung durch negative Meldungen über die wirtschaftliche Lage in China und anderen Schwellenländern. Trotz der eher verhaltenen Entwicklung des Welthandels konnten die deutschen Exporte kräftig ausgeweitet werden. Dieser Trend wurde beeinflusst durch eine deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure infolge der Abwertung des Euro. Zudem hat die gute Konjunkturentwicklung in den USA und Großbritannien die Ausfuhren positiv beeinflusst.

Die Konjunktur in Ostwestfalen läuft im bisherigen Tempo weiter, auch wenn eine kräftige Belebung aktuell nicht ansteht. Dieses Fazit zieht die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld im Konjunkturbericht aus der Herbstumfrage der Unternehmen in Ostwestfalen. Mehr als neunzig Prozent der befragten Betriebe bezeichneten die momentane Lage als befriedigend oder gut. Der Konjunkturklimaindex für die gesamte Wirtschaft in Ostwestfalen ist von 116 auf 118 Punkte gestiegen. Die Konjunktur kann sich dabei derzeit auf den Konsum und den Export verlassen. Eine sehr robuste Beschäftigungslage, Einkommenszuwächse und der niedrige Ölpreis unterstützen das gute Konsumklima. Besonders gestiegen ist die Geschäftslage im Dienstleistungsbereich. An der Herbstkonjunkturumfrage der IHK beteiligten sich 1.606 Unternehmen mit 142.480 Beschäftigten aus den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistung aus ganz Ostwestfalen.

Die lippischen Unternehmen äußerten sich in der aktuellen Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer Lippe Detmold mehrheitlich optimistisch. Der Konjunkturklimaindikator stieg demnach auf 125,6 Punkte. Höher war er zuletzt im Frühjahr 2014. An der Konjunkturumfrage beteiligten sich mehr als 160 Unternehmen aus den Branchen Industrie, Handel, Dienstleistung sowie Bau- und Kreditgewerbe mit zusammen rund 19.000 Beschäftigten. Die aktuelle Geschäftslage wurde von 46 % der Unternehmen als gut beurteilt, jedes zweite war zufrieden. Verstärkt beschäftigen sich die Unternehmen mit der Umsetzung von Industrie 4.0 und der Digitalisierung.

Zinsentwicklung

Das Jahr 2015 stand ganz im Zeichen der Notenbanken. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzte ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05 %. Die Einlagenfazilität wurde auf -0,30 % abgesenkt. Zudem führte die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis März 2017 fortgesetzt werden. Vor den traditionell schwächeren Umsätzen zum Jahresende hat die EZB in den letzten Wochen verstärkt Staatsanleihen erworben. Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 2,71 Bio. Euro ausgeweitet.

In den USA kam es hingegen zur ersten Leitzinserhöhung seit annähernd zehn Jahren. Angesichts der weiter positiven Arbeitsmarktdaten und im Hinblick auf eine Gewährleistung der Preisstabilität hat die FED den Leitzins mit Entscheidung vom 16.12.2015 um einen viertel Prozentpunkt auf 0,25 % bis 0,50 % angehoben. Außerdem wurden weitere, allmähliche Zinsanpassungen in Aussicht gestellt. Die amerikanische Geldpolitik ist damit auf dem Weg der Normalisierung, bleibt aber expansiv ausgerichtet. Die Kapitalmärkte haben dies weltweit positiv aufgenommen.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen stiegen seit Ende April 2015 für viele Staaten des Euroraums von einem sehr niedrigen Niveau aus spürbar an. Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07 % erreicht. Im Juni 2015 erzielten die zehnjährigen Bundesanleihen ein Zinsniveau von bis zu 1,0 %. Im Zuge fallender Ölpreise, sinkender Inflationserwartungen und der Ankündigung über eine Ausweitung des Anleihekaufprogramms der EZB liegen die Renditen wieder nahe 0,6 %. Andere Staaten aus dem Euroraum mussten höhere Zinsen für die Aufnahme von Staatsschulden am Markt leisten.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Mit der Veröffentlichung der „Delegierten Verordnung (EU) 61/2015 der Kommission vom 10.10.2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute“ hat der Gesetzgeber die verbindliche Einhaltung der Liquiditätsdeckungsquote (von 60 %) auf Basis der vorgenannten Verordnung ab 01.10.2015 festgeschrieben. Die hieraus resultierenden Anforderungen und neuen Meldevorschriften hat unser Institut umgesetzt.

Am 03.07.2015 trat das neue Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Damit wurde die EU-Richtlinie 2014/49/EU über Einlagensicherungssysteme in deutsches Recht umgesetzt. Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen wurde eine Anpassung des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe notwendig. Statt des bisherigen ausschließlichen Institutssicherungssystems handelt es sich nunmehr um ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem, welches sich zum einen aus einer gesetzlich zwingenden Einlagensicherung als auch aus einer freiwilligen Institutssicherung zusammensetzt.

Im April 2014 hat das Europäische Parlament den Einheitlichen Europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) verabschiedet. Dieser besteht aus der einheitlichen Abwicklungsbehörde (Single Resolution Board, SRB) und aus dem einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF). Mit diesen Maßnahmen sollen innerhalb der Euro-Staaten einheitliche Regeln für notleidende Banken angewendet werden und wirksame Verfahren entwickelt werden, um Bankinsolvenzen zu überwinden. Erstmals erfolgte in 2015 die Erhebung der Bankenabgabe durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die die Beitragserhebung in Deutschland für den SRF durchführt.

Die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie setzt die mit der Verbraucherkreditrichtlinie begonnene Regulierung der Kreditvergabe fort. Im Fokus beider Richtlinien steht der Schutz des Verbrauchers. Ziel der Wohnimmobilienkreditrichtlinie ist es, einen transparenten, effizienten und wettbewerbsfähigen Binnenmarkt auch für Immobilienfinanzierungen zu schaffen. Darüber hinaus soll eine nachhaltige und verantwortungsvolle Kreditvergabe sowie die Verbesserung der Beratungsqualität sichergestellt werden. Diese Ziele werden insbesondere durch die weitere Vereinheitlichung von Informations- sowie Verhaltenspflichten vorangetrieben. Eine Umsetzung ist in unserem Institut mit Inkrafttreten zum 21.03.2016 vorgesehen.

Die USA haben im Jahr 2010 die Bestimmungen zum "Foreign Account Tax Compliance Act" (FATCA) beschlossen. Mit diesem Gesetz sollen alle in den USA steuerpflichtigen Personen mit Wohnsitz im Ausland identifiziert werden. Gleichzeitig wurden mit Wirkung ab dem Jahr 2013 die Meldevorschriften verschärft. Der US-Fiskus hat damit weltweit die Finanzinstitute in die Pflicht genommen. Am 31.05.2013 haben Deutschland und die USA das "FATCA-Abkommen" unterzeichnet. Unser Institut hat die notwendigen Prozesse zur Übermittlung der notwendigen Daten eingerichtet. Zum 30.09.2015 erfolgten die ersten Meldungen an das Bundeszentralamt für Steuern.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Jahr 2015 um 201,7 Mio. EUR bzw. 3,1 % auf 6.272,5 Mio. EUR. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten bestehende Geschäftsvolumen nahm um 189,2 Mio. EUR oder 2,9 % auf 6.385,8 Mio. EUR ab. Die Durchschnittsbilanzsumme ist wie erwartet gesunken.

3.2. Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden stiegen um 137,4 Mio. EUR bzw. 3,0 % auf 4.722,7 Mio. EUR an. Das zu Jahresbeginn prognostizierte Wachstum von 2,1 % konnte damit deutlich übertroffen werden. Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2015 auf insgesamt 944,8 Mio. EUR (plus 111,5 Mio. EUR oder 13,4 % gegenüber dem Vorjahr). Hiervon entfielen 365,4 Mio. EUR auf die Finanzierung des Wohnungsbaus; das entspricht einem Zuwachs um 3,8 %. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich auf 75,3 % (Vorjahr 70,8 %). Im Rahmen der Planung wurde hier von keiner wesentlichen Veränderung ausgegangen.

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 78,9 Mio. EUR oder 3,8 % auf 2.179,3 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte nahm um 8,6 % auf 418,6 Mio. EUR zu. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhten sich die Kreditbestände infolge der anhaltenden Investitionsbereitschaft um 35,5 Mio. EUR oder 2,2 %. Die Darlehenszusagen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 16,5 % auf 502,5 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 118,0 Mio. EUR auf 1.029,0 Mio. EUR.

Hierbei war insbesondere der Rückgang der Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 70,5 Mio. EUR maßgeblich. Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere reduzierten sich um 47,5 Mio. EUR. Ursächlich für den Rückgang war in erster Linie eine ab 2015 angepasste Anlagestrategie im Bereich von Spezialfonds. Darüber hinaus wurden Mittel aus Fälligkeiten zur Bedienung von auslaufenden Refinanzierungen eingesetzt.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2015 von 110,7 Mio. EUR (Vorjahr 111,1 Mio. EUR) entfiel mit 100,4 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 7,9 Mio. EUR auf Beteiligung an der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co.KG.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Der bilanzielle Einlagenbestand ermäßigte sich in 2015 um 15,0 Mio. EUR oder 0,3 % auf 4.816,4 Mio. EUR. Damit konnte das geplante Wachstum vom 2,0 % nicht erreicht werden. Der Bestand an Spareinlagen wies einen Anstieg von 2,4 Mio. EUR und an Sicht- und Termineinlagen von 12,8 Mio. EUR auf. In Summe sind die Sparkassenbriefe, andere Namenspapiere und Inhaberschuldverschreibungen um 30,2 Mio. EUR zurückgegangen.

Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände sind im Berichtsjahr um 54,6 Mio. EUR oder 4,1 % gesunken.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute ermäßigten sich um 263,9 Mio. EUR oder 56,1 % auf 206,4 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Schuldscheinforderungen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) verringerten sich um 211,9 Mio. EUR auf 734,7 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2015 maßgeblich von der Entwicklung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag im Bereich der Investmentfonds. Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen waren weiterhin beliebt. Der geplante Nettoabsatz in Höhe von 70,0 Mio. EUR wurde mit einem Wert von minus 14,3 Mio. EUR deutlich verfehlt. Grund hierfür sind Anleihefälligkeiten in Höhe von 119,0 Mio. EUR, die angesichts des niedrigen Zinsniveaus nur teilweise in Wertpapiere wieder angelegt wurden. Insgesamt belief sich der Nettoabsatz bei Anleihen auf minus 88,9 Mio. EUR. Hingegen waren die Nettoabsätze bei Investmentfonds mit plus 65,2 Mio. und bei Aktien mit plus 9,4 Mio. EUR deutlich positiv.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 3.793 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 167,0 Mio. EUR abgeschlossen (Vorjahr 5.297 Verträge mit einem Volumen von 158,2 Mio. EUR).

Im Bereich der Lebensversicherungen belief sich das Vermittlungsvolumen im Jahr 2015 auf 83,7 Mio. EUR (Vorjahr 69,8 Mio. EUR). Der Schwerpunkt lag auf dem Verkauf von Versicherungen gegen Einmalbeträge. Das Volumen der vermittelten Sachversicherungen belief sich im Berichtsjahr auf 1,3 Mio. EUR und lag damit auf Vorjahresniveau (1,2 Mio. EUR).

Das Volumen der Immobilienvermittlungen betrug 48,1 Mio. EUR und nahm damit gegenüber dem Vorjahr (67,7 Mio. EUR) deutlich ab.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt unter den Erwartungen.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2015 wurden Investitionen im Bereich des Anlagevermögens zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes in Höhe von insgesamt 3,1 Mio. EUR getätigt. Die größten Einzelinvestitionen entfallen mit 1,1 Mio. EUR auf EDV-Hardwareanschaffungen sowie mit 0,5 Mio. EUR auf die Planung des Umbaus der Filiale Hathumarstraße zum KompetenzCenter. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2016 geplant.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2015 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.396 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 1.389), davon 396 Teilzeitkräfte und 159 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, hat die Sparkasse ihre bereits überdurchschnittliche Ausbildungsquote bei über 16 % gehalten und nimmt damit ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr.

Auch im Jahr 2015 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. Eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schloss im Rahmen der Aufstiegsfortbildung diverse praxisorientierte Weiterbildungsmaßnahmen der Sparkassenorganisation erfolgreich ab. Daneben lag der erneute Schwerpunkt bei den zahlreichen Schulungen und Trainings in der weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz.

Die Umsetzung des neuen Unternehmensleitbilds wurde in 2015 in den einzelnen Teams in Form von Teamdialogen fortgeführt und durch die Vereinbarung bestimmter Maßnahmen konkretisiert.

Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten mit flexiblen Arbeitszeiten wurde im Jahr 2015 weiterhin erhöht. Daneben wurde ein Projekt zur Flexibilisierung des Arbeitsortes gestartet. Damit wird, neben anderen Maßnahmen, das Ziel einer guten Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf unterstützt.

Die Angebote zur Gesundheitsförderung wurden im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements im Jahr 2015 fortgeführt und von einer Vielzahl an Mitarbeitern / -innen genutzt.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2014. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2015 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 396,1 Mio. EUR (Vorjahr 385,9 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 26,2 Mio. EUR auf 233,1 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2015 mit 17,57 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 9,2 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 14,28 %, die Leverage Ratio 7,63 %. Die Sparkasse weist damit eine gute Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Im Berichtsjahr lag die Liquiditätskennziffer (31.12.2015: 2,22) durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,25. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach EU-VO Nr. 61/2015 weist einen Wert von 1,56 aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien der Helaba wurden nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen sowohl bei der Helaba als auch bei anderen Kreditinstituten.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2015	2014	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	136,9	154,9	-18,0	-11,6
Provisionsüberschuss	44,6	40,0	4,6	11,5
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	7,2	6,5	0,7	10,8
Personalaufwand	83,2	76,7	6,5	8,5
Anderer Verwaltungsaufwand	33,5	35,2	-1,7	-4,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10,0	17,6	-7,6	-43,2
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	62,0	71,9	-9,9	-13,8
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	+4,2	-13,0	-17,2	-132,3
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	26,2	17,4	8,8	50,6
Ergebnis vor Steuern	40,0	41,5	-1,5	-3,6
Steueraufwand	21,8	23,4	-1,6	-6,8
Jahresüberschuss	18,2	18,1	0,1	0,6

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 1 bis 4

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8 und 20

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 11,6 % auf 136,9 Mio. EUR. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Zinsaufwendungen in Höhe von 14,8 Mio. EUR im Zusammenhang mit Close-out-Zahlungen aus der Beendigung von Derivaten zur Zinsbuchsteuerung.

Der Provisionsüberschuss konnte um 11,5 % auf 44,6 Mio. EUR gesteigert werden.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 1,7 Mio. EUR oder 4,8 % auf 33,5 Mio. EUR.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Rückgang von 43,2 % auf 10,0 Mio. EUR darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr Aufwendungen im Zusammenhang mit der Neubewertung einer Drohverlustrückstellung enthalten waren.

Im Gegensatz zum Vorjahr wurde ein positiver Saldo im Bereich der Bewertung und Risikovorsorge in Höhe von 4,2 Mio. EUR (Vorjahr minus 13,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr spiegelt die nachlassenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Wertpapier- und Kreditgeschäft wider.

Der Jahresüberschuss betrug 18,2 Mio. EUR und lag damit auf Höhe des Vorjahres (18,1 Mio. EUR).

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,18 % (Vorjahr 1,16 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2015; es lag damit deutlich über dem Planwert von 1,02 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2015 veränderte sich diese Kennzahl von 60,0 % auf 60,3 %.

Das Unternehmensziel für 2015 von 64,3 % konnte damit unterschritten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2015 0,3 % (Vorjahr 0,3 %).

Im Geschäftsjahr verminderte sich der Zinsüberschuss um 2,7 % auf 146,4 Mio. EUR und damit nicht so stark wie zunächst erwartet. Durch die flachere Zinsstrukturkurve im Vergleich zum Vorjahr ging der Fristentransformationsbeitrag weiter zurück. Belastungen bestanden aus dem anhaltenden Wettbewerb im Einlagengeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag mit 44,5 Mio. EUR über dem Planwert von 41,9 Mio. EUR. Dies bedeutet insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Giroverkehr, der Vermittlung von Investmentzertifikaten sowie aus dem Auslandsgeschäft gegenüber dem Vorjahreswert eine Steigerung von 11,9 %.

Des Weiteren ist der Personalaufwand gestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Belastung aus der Tarifierhöhung für 2015 auf 77,3 Mio. EUR.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen verminderten sich um 4,9 % auf 38,5 Mio. EUR. In der Planung war hier noch von einem Anstieg ausgegangen worden.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Paderborn-Detmold mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2015 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen - historische Niedrigzinsphase - ist die Geschäftsentwicklung von hoher Stabilität und einer soliden Ertragslage geprägt. Der anvisierte Ertrag wurde planmäßig erreicht, dem entsprechend sind Wachstumspotenziale auch für die Zukunft vorhanden.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Dachrisikostrategie und den Teilrisikostrategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus dem Risikodeckungspotenzial wird ein Risikotragfähigkeitslimit (RTF-Limit) zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen einer GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem RTF-Limit gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des RTF-Limits limitiert und wird ebenso wie das Risikodeckungspotenzial laufend überprüft. Darüber hinaus werden aus dem RTF-Limit Einzellimits für einzelne Risikoarten in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Risikoausschuss der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventueller erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse Paderborn-Detmold hat die Risikocontrolling-Funktion dem Bereichsleiter Controlling und Finanzen übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt. Sie hat in der Sparkasse Paderborn-Detmold insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken
- Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils
- Unterstützung des Vorstandes bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse
- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens
- Laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits
- Regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für die Geschäftsleitung
- Überwachung und Weiterentwicklung der Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, an das Risikocontrolling, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomesung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken im Rahmen eines periodenorientierten Konzeptes. Dabei werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf das Eigenkapital und das im folgenden Jahresabschluss ermittelte Ergebnis hat. Die Ermittlung der Risiken erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht.

Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein RTF-Limit festgelegt. Auf das RTF-Limit werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet.

Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des RTF-Limits jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt ab Mitte des Jahres darüber hinaus eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

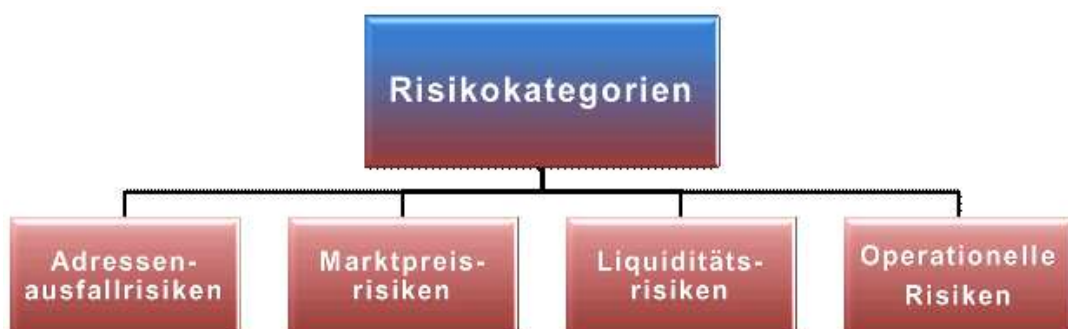
Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfänglich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenausfallrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele der Risikosteuerung festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden-/ Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Anteile	
	31.12.2015 in %	31.12.2014 in %
Firmenkundenkredite	34,6	34,9
Privatkundenkredite	43,5	43,1
Weiterleitungsdarlehen	13,8	13,8
Kommunalkredite	5,9	6,3
Aval- und Treuhandkredite	2,2	1,9
Gesamt	100,0	100,0

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2015 nicht überschritten.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an sonstige Dienstleistungsunternehmen mit einem Anteil von 6,7 % sowie an Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens mit einem Anteil von 7,0 %. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

	Kredite, Zusagen und andere nicht derivative au- ßerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivate
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	6.909.606,6	1.002.977,4	10.388,7
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten			
Deutschland	6.836.419,3	700.333,0	10.342,8
EU	40.049,4	297.628,3	0,0
Sonstige	33.137,9	5.016,1	45,9
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen			
Banken	658.407,1	475.935,1	9.854,4
Investmentfonds	0,0	273.602,8	0,0
Privatpersonen	3.016.267,6		81,0
Öffentliche Haushalte*	393.023,3	227.834,5	0,0
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	2.776.849,9	25.605,0	453,3
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	91.017,5	0,0	0,0
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	375.998,4	0,0	0,0
- Verarbeitendes Gewerbe	390.768,2	0,0	362,6
- Baugewerbe	236.525,2	0,0	0,0
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	339.207,5	0,0	29,5
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	87.572,0	0,0	20,3
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	166.351,1	25.605,0	40,9
- Grundstücks- und Wohnungswesen	555.523,1	0,0	0,0
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	533.886,9	0,0	0,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	65.058,7	0,0	0,0
Sonstige	0,0	0,0	0,0
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten			
< 1 Jahr	2.054.075,2	133.799,1	1.032,6
1 Jahr bis 5 Jahre	687.208,5	323.071,5	156,1
> 5 Jahre bis unbefristet	4.168.322,9	546.106,8	9.200,0

Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2015 4,7 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Die Größenklassenstruktur des Kundenkreditgeschäfts weist insgesamt eine breite Streuung auf. 24,7 % des Gesamtkreditvolumens entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von 5 Mio. EUR oder mehr. 17,6 % des Gesamtkreditvolumens betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen zwischen 0,75 Mio. EUR und unter 5 Mio. EUR. 57,7 % des Gesamtkreditvolumens umfassen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von weniger als 750 TEUR.

Die Adressenrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten¹. Dies wird durch die Vorgaben zum Neugeschäft in der Adressenausfallrisikostategie unterstützt.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikolimit sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGV validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Ratingklasse	Volumen in %
1 bis 5	69,0
6 bis 10	22,5
11 bis 18	8,5

Zum 31.12.2015 weisen 69,1 % des Gesamtkreditvolumens im Kundenkreditgeschäft ein Rating aus dem Investmentgradebereich (Ratingnoten 1 bis 5) auf, 22,5 % haben eine Ratingnote zwischen 6 und 10 (gute Bonitäten) und nur 8,5 % von 11 oder schlechter.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

¹ Die Auswertung erfolgt grundsätzlich auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verband hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGV-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2015 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2015	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	53.599	7.917	9.552	7.035	44.929
Rückstellungen	493	159	312	0	340
PWB	9.032	0	974	0	8.058
Gesamt	63.124	8.076	10.838	7.035	53.327

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden bei Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben.

Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Wertes des Beteiligungsunternehmens. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2015 bestätigten die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Wertansatz. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Im Hinblick auf die angepasste aufsichtsrechtliche Einstufung unseres Anteils an der Haftung für die Fremdfinanzierung des Kaufpreises der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) auf Grundlage der EU-VO Nr. 575/2013 (CRR) haben wir diesen wie im Vorjahr als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen und die Beteiligung entsprechend auf einen Erinnerungswert von 1 EUR gekürzt.

Die Buchwerte der strategischen Beteiligungen betragen 10,2 Mio. EUR, die Buchwerte der Funktionsbeteiligungen 100,4 Mio. EUR und die Buchwerte der Kapitalbeteiligungen 0,1 Mio. EUR.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder dem Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Die von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich überwiegend um Aktien, da Aktien und Aktienfonds von der Sparkasse Paderborn-Detmold bei der Bemessung der Adressenausfallrisiken nicht berücksichtigt werden, sondern ausschließlich bei der Ermittlung der Marktpreisrisiken. Für die in den Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die zum Beispiel das Anlageuniversum sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Limite für einzelne Emittenten bzw. Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem Landesbanken-Rating der Rating Service Unit (RSU) der Sparkassen zugrunde gelegt. Die Parameter eignen sich für Positionen mit einem Moody's, Standard&Poor's (S&P), Fitch bzw. einem Landesbanken-Rating.

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die in den Wertpapierspezialfonds gehaltenen Handelsgeschäfte verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Fitch	auf Basis Tageswerte	
		31.12.2015 in %	31.12.2014 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	AAA	24,1	23,5
sehr gut bis gut	AA+ - AA-	29,4	31,6
gut bis befriedigend	A+ - A-	24,2	32,2
befriedigend bis ausreichend	BBB+ - BBB-	15,6	7,9
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	BB+ - BB-	2,8	2,4
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B+ - B-	0,0	0,0
Ungenügend, Insolvenz absehbar	CCC - C	0,5	0,4
ohne Rating		3,5	2,0
		100,0	100,0

Zum Jahresende 2015 bestehen lediglich geringe Konzentrationen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken. Sie betragen zum Jahresende rund 199 Mio. EUR. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation.

Länderrisiko	Länderrating Fitch	auf Basis Tageswerte	
		31.12.2015 in %	31.12.2014 in %
inländische Emittenten		62,1	68,7
ausländische Emittenten			
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	AAA	16,3	17,5
sehr gut bis gut	AA+ - AA-	17,0	11,1
gut bis befriedigend	A+ - A-	0,5	0,3
befriedigend bis ausreichend	BBB+ - BBB-	3,9	2,4
ausreichend, anfällig für Zahlungsverzug	BB+ - BB-	0,1	0,0
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Bonitätseinschätzung		0,1	0,0
		100,0	100,0

Zum 31.12.2015 beträgt der Marktwert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 19,9 Mio. EUR, die je zur Hälfte auf Spanien und Italien entfallen. Darüber hinaus werden Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus Italien mit einem Marktwert von 13,3 Mio. EUR, aus Spanien mit einem Marktwert von 9,6 Mio. EUR und aus Irland mit einem Marktwert von 1,7 Mio. EUR gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang und die guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte (vor Bewertung) hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder ¹⁾	134,0	352,8
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehen	145,5	156,0
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	720,5	762,9
4) Aktien im Direktbestand	0,0	0,0
5) Wertpapier-Spezialfonds	275,4	343,6
6) Sonstige Investmentfonds	27,0	29,8
	1.302,4	1.645,1

¹⁾ inkl. Anlagen auf laufenden Konten

In der Marktpreisrisikostategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt. Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dabei wenden wir das Verfahren der Modernen Historischen Simulation an. Die angenommene Haltedauer wurde für alle Handelsgeschäfte mit Wirkung ab dem Stichtag 31.12.2015 von 63 Handelstagen auf 250 Handelstage heraufgesetzt. Der Value-at-Risk wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % (unerwartete Risiken) ermittelt. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt.

Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Außerdem wird die Einhaltung der definierten Emittenten- und Kontrahentenlimite überwacht. Darüber hinaus wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Einzellimit als Teilbetrag des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung des Limits bzw. der vordefinierten Frühwarngrenze ist vorgesehen, dass der Anlageausschuss über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken berät und gegebenenfalls dem Vorstand zur Entscheidung vorlegt.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Monatlich erfolgt eine umfassende Information des Gesamtvorstandes über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Derivative Adressenausfallrisikopositionen

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse derivative Adressenausfallrisikopositionen in Form von Swapgeschäften ein. Durch die 1 : 1 Absicherung von Währungsrisiken aus Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäften unserer Kunden entstehen weitere Adressenausfallrisikopositionen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuches.

Die Bewertung derivativer Finanzinstrumente des Anlagebuches erfolgt nach der Laufzeitmethode gemäß CRR.

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungsstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse Paderborn-Detmold erfüllt alle bislang aus EMIR resultierenden Anforderungen. Darüber hinaus wurden Anpassungen des Prozess- und Anweisungswesens vorgenommen, die die Umsetzung weiterer Anforderungen aus EMIR sicherstellen.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich im Spezialfonds gehalten.

5.3.5. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden grundsätzlich über Micro-Hedges glattgestellt, sofern die Glattstellung nicht bereits durch andere Gegengeschäfte mit Kunden erfolgt ist. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse nur geringe "Spitzenbeträge" als offene Devisenposition.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Vergebene Fremdwährungsdarlehen werden währungs- und laufzeitkongruent refinanziert. Von den Kunden hereingenommene Einlagen in Fremdwährung werden ebenfalls grundsätzlich währungskongruent und laufzeitkongruent angelegt. Das damit einhergehende Zinsänderungsrisiko ist aufgrund des überschaubaren Volumens und der geringen Laufzeitverlängerung lediglich geringfügig.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 63 Tage) und der zu erwartenden Performance gegenübergestellt. Die Berechnungen des Value-at-Risk und der erwarteten Performance beruhen auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen.

Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsspannenrisikos durchgeführt. Das Zinsspannenrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Ergebnisse der vermögenswertorientierten Berechnung fließen in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2015 die barwertige Auswirkung einer Ad hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes betrug gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln 24,2 % und lag damit oberhalb der aufsichtlichen Schwelle von 20 %. Dies haben wir der BaFin und der Deutschen Bundesbank am 29.01.2016 turnusmäßig angezeigt. Vor dem Hintergrund der guten Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
	TEUR	TEUR
EUR	166.585	15.935

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2015 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktiliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem gesamten Dispositionsspielraum (freie Kreditlinien bei anderen Kreditinstituten, Bundesbankpfanddepot u.a.) gegenüberstellt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 1,93 und 2,51. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätskostenrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse Paderborn-Detmold hat ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Dachrisikostategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2015 eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Hinsichtlich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen verweisen wir auf die Darstellung in Abschnitt B. 4.1. Vermögenslage.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2016 gehen wir von einem Expansionstempo der deutschen Wirtschaft auf Vorjahresniveau aus. Nach einem realen BIP-Wachstum von 1,7 % in 2015 wird für 2016 ebenfalls ein Wachstum von 1,7 % erwartet. Stabiles Beschäftigungsniveau sowie Einkommensverbesserungen dürften auch in 2016 den privaten Konsum begünstigen und zu einer wesentlichen Stütze des BIP-Wachstums beitragen. Zwar werden die positiven Realeinkommenseffekte seitens der gefallen Energiepreise voraussichtlich auslaufen, jedoch dürfte die weiterhin steigende Beschäftigung zu Tarifabschlüssen deutlich über der Inflation führen. Hinzu kommt, dass die Ausweitung der monetären Sozialleistungen infolge der hohen Zuwanderung an Flüchtlingen nahezu vollständig in den privaten Konsum fließen dürfte. Insgesamt wird für das Jahr 2016 mit einem Anstieg des privaten Konsums in Höhe von 1,8 % gerechnet. Aufgrund der schwächeren Expansion der Exportnachfrage ist davon auszugehen, dass auch die Ausrüstungsinvestitionen der privaten Unternehmen weniger stark ansteigen werden als im Vorjahr. Diese dürften trotz weiterhin sehr günstiger Finanzierungsbedingungen im Jahr 2016 lediglich mit einer Rate von 3,4 % zulegen.

Bei den Bauinvestitionen wird mit einem leichten Zuwachs in Höhe von 2 % gerechnet. Die Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau bleiben bei einer stabilen Arbeitsmarktsituation, steigenden Einkommen und bei dem niedrigen Zinsniveau für Wohnungsbaukredite weiterhin günstig. Beim gewerblichen Bau bremsen die schwächeren Exportaussichten, während die öffentlichen Bauten zulegen sollten. Aufgrund dieser Erwartungen rechnen wir für 2016 mit einem Zuwachs im Kreditgeschäft von 3,1 %. Der bilanzielle Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme steigt wegen der Reduzierung im Eigengeschäft leicht an.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung und der anhaltenden Niedrigzinsphase leicht abnehmen. Dennoch wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir für 2016 ein Wachstum der Kundeneinlagen von 1,3 %.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir im Jahr 2016 einen leichten Anstieg der Durchschnittsbilanzsumme auf ca. 6,495 Mrd. EUR.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2016 aufgrund der in 2015 veränderten Giromodelle und damit einhergehenden steigenden privaten und geschäftlichen Giroerträgen und den Potenzialen im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft von einer Steigerung im Provisionsüberschuss um 3,0 % aus.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im weiteren Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik und den geopolitischen Risiken. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU nicht endgültig stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise und einem wieder anziehenden Wachstum auf den Weltmärkten. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin leicht verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2016 sind größere Investitionen in den Umbau der Hauptstelle Paderborn geplant. Damit erhöhen sich die Investitionen gegenüber dem Vorjahr deutlich. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden ebenfalls berücksichtigt. Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft erfolgt über die Kundeneinlagen. Sollten darüber hinaus weitere Mittel erforderlich sein, so stehen in ausreichendem Umfang eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,25 % und somit auch über dem aufsichtsrechtlichen geforderten Mindestwert von 1,00 % liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt wesentlich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zu 2015 nach unserer Erwartung nicht nachhaltig verändern wird, mit der damit verbundenen geringen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Aufgrund der weiterhin moderaten Inflationstendenzen rechnen wir auch weiterhin mit einem niedrigen Inflationsniveau.

Die Sparkasse rechnet nicht damit, dass die Europäische Zentralbank im Verlauf des Jahres 2016 möglichen Inflationstendenzen entgegenwirken und erste Zinserhöhungen vornehmen wird. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir bei den Kundeneinlagen weiter rückläufige Konditionsbeiträge. Kredite, die auf dem niedrigen Zinsniveau herausgelegt werden, können die Ertragseinbußen des auslaufenden Geschäftes nicht kompensieren. Nach unseren Planungen geht der Zinsüberschuss für 2016 auf 2,14 % zurück.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem Anstieg der Erträge um 1,3 Mio. EUR aus.

Die Verwaltungsaufwendungen werden nach unseren Planungen um bis zu 3,1 % im Jahr 2016 steigen. Für 2016 rechnen wir -u.a. wegen erwarteter Tarifierhöhungen- mit einem Personalmehraufwand von 1,6 %. Aufgrund von Verschiebungen von Investitionen in das Jahr 2016 rechnen wir mit steigenden Sachkosten in Höhe von 6,1 %. Insgesamt planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2015 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1,01 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 6,495 Mrd. EUR. Bei der Cost Income Ratio (CIR) erwarten wir einen Wert von 64,5 %.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist trotz der positiveren konjunkturellen Aussichten nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Wir rechnen im Jahr 2016 für die Kreditbranche und damit auch für die Sparkasse mit einem Anstieg des Bewertungsaufwandes im Kreditgeschäft und mit einem im Vergleich zum Jahr 2015 deutlich negativen Bewertungsergebnis. In der Planung berücksichtigen wir die erwarteten Verluste im Kreditgeschäft mit Hilfe des Modells CPV. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die "Erste Abwicklungsanstalt" in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 4,7 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Planung für das Geschäftsjahr 2016 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse Paderborn-Detmold nicht spurlos vorübergeht. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015



der
Land

Sparkasse Paderborn-Detmold
Nordrhein - Westfalen

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		63.364.026,92		64.936
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		79.591.808,43		29.703
			142.955.835,35	94.639
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		60.217.971,65		247.705
b) andere Forderungen		146.159.224,05		222.558
			206.377.195,70	470.263
4. Forderungen an Kunden			4.722.748.004,38	4.585.312
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.318.816.858,89 EUR			(2.254.090)
Kommunkalkredite	302.956.255,34 EUR			(311.857)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	226.104.071,80			191.574
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	219.424.071,80 EUR			(191.574)
bb) von anderen Emittenten	499.804.142,70			580.233
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	489.790.885,48 EUR			(562.958)
		725.908.214,50		771.807
c) eigene Schuldverschreibungen		71.830,84		1.703
Nennbetrag	70.000,00 EUR			(1.708)
			725.980.045,34	773.510
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			303.001.718,94	373.448
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			110.463.875,23	110.902
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	7.908.000,00 EUR			(7.908)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			147.795,41	144
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen			1.358.659,15	1.749
darunter:				
Treuhandkredite	1.358.659,15 EUR			(1.749)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		328.823,00		526
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			328.823,00	526
12. Sachanlagen			53.059.985,54	56.775
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.522.740,88	4.298
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.506.160,91	2.592
Summe der Aktiva			6.272.450.839,83	6.474.158

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		27.953,85		25
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>733.298.429,66</u>		<u>944.865</u>
			733.326.383,51	<u>944.890</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>1.845.878.820,05</u>			<u>1.857.502</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>214.384.229,03</u>			<u>200.355</u>
		2.060.263.049,08		<u>2.057.857</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>2.500.532.668,10</u>			<u>2.431.881</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>254.777.577,56</u>			<u>325.206</u>
		<u>2.755.310.245,66</u>		<u>2.757.087</u>
			4.815.573.294,74	<u>4.814.944</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		863.972,95		16.464
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>0,00</u> EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00</u> EUR			(0)
			863.972,95	16.464
3a. Handelsbestand			<u>0,00</u>	<u>0</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.358.659,15	1.749
darunter:				
Treuhandkredite	<u>1.358.659,15</u> EUR			(1.749)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			3.561.333,41	7.769
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>2.315.929,85</u>	<u>3.408</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>55.794.945,00</u>		<u>52.004</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>104.040,90</u>		<u>4.341</u>
c) andere Rückstellungen		<u>30.365.965,69</u>		<u>35.760</u>
			86.264.951,59	92.106
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	<u>0</u>
10. Genussrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>0,00</u> EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			233.103.000,00	206.906
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>368.571.484,88</u>			<u>358.473</u>
cb) andere Rücklagen	<u>9.350.000,00</u>			<u>9.350</u>
		377.921.484,88		367.823
d) Bilanzgewinn		<u>18.161.829,75</u>		<u>18.099</u>
			396.083.314,63	<u>385.921</u>
Summe der Passiva			<u>6.272.450.839,83</u>	<u>6.474.158</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>113.366.022,35</u>		<u>100.849</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			113.366.022,35	100.849
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>410.846.026,68</u>		<u>337.777</u>
			410.846.026,68	<u>337.777</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	170.465.322,44			183.033
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	4.217,39 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	15.270.720,09			19.912
		185.736.042,53		202.945
2. Zinsaufwendungen		57.464.197,11		60.405
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.897.147,21 EUR			(3.036)
			128.271.845,42	142.540
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.796.857,87		8.884
b) Beteiligungen		3.027.732,41		3.060
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		280.000,00		278
			8.104.590,28	12.221
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			472.630,81	125
5. Provisionserträge		46.885.370,37		42.212
6. Provisionsaufwendungen		2.318.566,72		2.259
			44.566.803,65	39.953
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			7.237.945,75	6.565
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	59.823,81 EUR			(292)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			188.653.815,91	201.405
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	59.919.470,51			57.408
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	23.302.825,75			19.303
darunter:				
für Altersversorgung	11.366.065,58 EUR			(8.452)
		83.222.296,26		76.711
b) andere Verwaltungsaufwendungen		33.472.669,87		35.163
			116.694.966,13	111.874
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			6.950.621,34	5.448
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			3.034.470,97	12.138
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	446,80 EUR			(1)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		5.208
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		4.168.035,54		0
			4.168.035,54	5.208
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		7.749
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		28.700,00		0
			28.700,00	7.749
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00		0
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		26.197.000,00		17.447
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		39.973.493,01		41.541
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		21.524.301,95		23.094
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		287.361,31		348
			21.811.663,26	23.442
25. Jahresüberschuss			18.161.829,75	18.099
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			18.161.829,75	18.099
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			18.161.829,75	18.099
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			18.161.829,75	18.099

Anhang – 2015

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuld-scheindarlehen, die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Demnach werden mit Ausnahme von offenen Immobilienfonds, deren Rücknahme von Anteilen ausgesetzt ist oder die sich in Liquidation befinden, alle Wertpapiere an einem aktiven Markt gehandelt und wurden somit zum Abschlussstichtag mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir bei aktiven Märkten als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Bei Immobilienfonds, deren Rücknahme von Anteilen ausgesetzt ist oder die sich in Liquidation befinden (Buchwerte EUR 17,8 Mio.), haben wir auf Basis eines Abwicklungsszenarios einen Bewertungsabschlag vom investimentrechtlichen Anteilwert vorgenommen.

Wertpapiere, die wir im Rahmen der Wertpapierleihe verleihen, weisen wir in der Bilanz aus, da die wesentlichen Chancen und Risiken, die aus ihnen resultieren, bei der Sparkasse verbleiben. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag EUR 264,6 Mio..

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit wird der Abzinsungszeitraum anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Vorjahre geschätzt.

Die Pensionsrückstellungen sowie die Rückstellungen für Beihilfen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen und Beihilfen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher wurde abweichend zum Vorjahr der Berechnung der Pensionsrückstellungen und Beihilfen nicht der Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 30.09.2015 sondern vom Jahresende 2015 zugrunde gelegt. Aus dieser Bewertungsänderung ergibt sich insgesamt eine Erhöhung der Pensionsrückstellung um TEUR 897.

Die Rückstellungen für Jubiläumszahlungen werden nach den Bestimmungen des TVöD ermittelt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu vier Jahre und zwei Monate.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung und Steuerung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit grundsätzlich nicht gesondert zu bewerten.

Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31.12.2015 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswap-geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und somit nicht gesondert bewertet. Zinsswaps mit einer Restlaufzeit von über 10 Jahren wurden gemäß IDW RS BFA 3 imparitätisch bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Posten Sonstige betriebliche Erträge bzw. Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen.

Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 34.543 bzw. TEUR 37.507.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main und Erfurt, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	69.097	206.422
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	178	391

Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Papieren wie folgt aufzuteilen:

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	725.980	715.981	9.999
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	303.002	-	303.002

Anteile an Sondervermögen

Die Sparkasse hält sämtliche Anteile des folgenden Sondervermögens im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB).

Die Anteile sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Investmentfonds (in Mio. EUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüt- tungen in 2015	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschrei- bungen
Neo-Fonds	275,4	294,3	18,9	2,5	ja	-

Der bisherige Ükern-Fonds wurde im Frühjahr 2015 an eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen und das Anlagevolumen erhöht. Der Fondsname lautet nun Neo-Fonds und wird im Rahmen einer Master-KVG Lösung verwaltet. Die Anlagegrundsätze wurden angepasst. Das Sondervermögen investiert in Staatsanleihen und Pfandbriefe guter Bonität (Segment Core), indexnah in Euro denominierte Unternehmensanleihen guter Bonität (Segment Corporates) sowie indexnah in Standardaktien der Eurozone (Segment Aktien). In den jeweiligen Anlagebedingungen sind die Details des Anlageuniversums geregelt.

Das Sondervermögen Lippe Master II wurde im Berichtsjahr aufgelöst.

Anteilsbesitz

Unter den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden die Anteile an folgenden Unternehmen, an denen die Sparkasse mit mindestens 20 % beteiligt ist und die nicht von untergeordneter Bedeutung sind, ausgewiesen.

Beteiligungen

Firma und Sitz der Gesellschaft	31.12.2014 Eigenkapital TEUR	31.12.2015 Beteiligungsquote in %	2014 Ergebnis TEUR
SKAPITAL Unternehmensbeteiligungs- gesellschaft mbH für Ostwestfalen, Herford	6.766	33,33	271
Gewerbe- und Innovationszentrum Lippe-Detmold GILDE GmbH, Detmold	2.218	37,69	1

Anteile an verbundenen Unternehmen

Firma und Sitz der Gesellschaft	31.12.2015 Eigenkapital TEUR	31.12.2015 Beteiligungsquote in %	2015 Ergebnis TEUR
S Immobilien GmbH, Detmold	812	100,00	306
S Boden GmbH, Detmold	55	100,00	473

Zwischen der S Boden GmbH mit Sitz in Detmold und der Sparkasse Paderborn-Detmold besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

in TEUR	An- schaf- fungs- kosten	Zu- gänge	Ab- gänge	Ab- schrei- bungen in 2015	Ab- schrei- bungen kumuliert	Buch- wert 31.12. 2015	Buch- wert 31.12. 2014
1. Immaterielle Anlagewerte	3.482	43	61	(230)	3.135	329	526
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	112.736	602	-	(4.327)	67.114	46.224	49.949
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	69.032	2.451	7.521	(2.392)	57.125	6.837	6.826
3. Finanzanlagen		Veränderungen saldiert*					
a) Schuldverschreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere		-9.971				-	9.971
b) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		-				-	-
c) Beteiligungen		-438				110.464	110.902
d) Anteile an verbundenen Unternehmen		4				148	144
e) Sonstige Vermögens- gegenstände		-				61	61

* Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Anschaffungskosten ist daher nicht möglich.

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 38.742 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	1.231	2.241
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	1.441	2.293

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	10.357	10.357

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2015 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betrugen im Jahr 2015 TEUR 4.838.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2014 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 160.123 betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z.B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die „Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kwv-Satzung.

Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2015 kann von der kvw-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2016 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von TEUR 680.133 sind zum Bilanzstichtag Vermögensgegenstände in gleicher Höhe als Sicherheit an die Investitions-Bank NRW (Zentralbereich der NRW.BANK) und an die Landwirtschaftliche Rentenbank übertragen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	1.413	329	43.709	44.298
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.030	1.557	823	889

Fristengliederung

in TEUR	mit einer Restlaufzeit von				mit unbe- stimmter Laufzeit	im Jahr 2016 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	49.061	40.082	15.000	40.000		
4. Forderungen an Kunden	193.438	347.045	1.341.895	2.699.776	135.944	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						139.289
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.894	71.568	208.522	436.037		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	78.318	113.148	22.647	187		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	37.401	64.307	118.673	33.260		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						445

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zinsaufwendungen

Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 in Höhe von TEUR 33 ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen zu etwa 60 % auf die Auflösung von Rückstellungen.

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Durch die vorzeitige Schließung von Zinsswaps sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 14.826 angefallen, die unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen werden.

D. SONSTIGE ANGABEN

Konzernrechnungslegung

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da die verbundenen Unternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sind.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

<u>Aktive latente Steuern</u>	<u>Erläuterung der Differenz</u>
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Beteiligungen	Steuerlich nicht berücksichtigte Abschreibungen
Pensionsrückstellungen	Unterschiedliche Parameter
Andere Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 14,73 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,56 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, der nicht aktiviert wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in Vorjahren Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren.

Zinsswaps werden zur Steuerung des sich aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva ergebenden allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt.

Devisentermingeschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden grundsätzlich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr TEUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre TEUR	mehr als fünf Jahre TEUR	insgesamt TEUR	Geschäfte mit Kunden TEUR	Deckungs- geschäfte TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	14.271	694	-	14.965	7.510	7.455
Zinsrisiken						
Zinsswaps	-	6.000	40.000	46.000	-	46.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestehen außerhalb des Handelsbestands in folgendem Umfang noch nicht abgewickelte und nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente:

Derivative Finanzinstrumente	Bilanzposten	Buchwerte TEUR	Beizulegende Zeitwerte	
			positiv TEUR	negativ TEUR
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	-	-	735	-673
Zinsrisiken				
Zinsswaps	-	-	-	-18.649

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden mit währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Der beizulegende Zeitwert der Zinsswaps wird über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Swaps entnommen.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir durch die Ermittlung der Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen (Zinsbuch) über die Abzinsung aller innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen (Cashflows). Diese werden mit der der jeweiligen Laufzeit entsprechenden aktuellen Rendite abgezinst. Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zinsswaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkung fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher ist zum Bilanzstichtag eine Rückstellung nicht zu bilden.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 111,7 Mio. im Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2015 EUR 4,1 Mio. dotiert (Gesamt-betrag zum 31.12.2015 EUR 28,3 Mio.). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 5,462 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Am 15.12.2015 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine zum Bilanzstichtag noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband in Höhe von EUR 150,0 Mio. zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung bei der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) beschlossen. Die Stammkapitalerhöhung erfolgte zum 19.02.2016. Auf die Sparkasse entfällt ein Anteil von EUR 8,2 Mio. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

<u>Art der Leistung</u>	TEUR
Abschlussprüferleistungen	353
andere Bestätigungsleistungen	20
Gesamtbetrag	373

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Über die Gewährung der Leistungszulage und deren Höhe beschließt der Verwaltungsrat jährlich nach Feststellung des Jahresabschlusses. Dabei werden auch das Erreichen des Unternehmenszwecks und die Ausübung des öffentlichen Auftrags berücksichtigt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Grundbetrag und allgemeine Zulage TEUR	Leistungs- zulage TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamt- vergütung TEUR
Laven, Hans - Vorsitzender	464	35	15	514
Paas, Arnd - Mitglied	422	31	11	464
Böddeker, Hubert - Mitglied	422	31	15	468
Trotz, Andreas - Mitglied	402	25	12	439
Summe	1.710	122	53	1.885

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages haben Herr Laven, Herr Paas und Herr Böddeker Anspruch auf eine Ruhegehaltszahlung mit ihrem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Laven beträgt seit dem 16.04.2011 55 %, der Anspruch von Herrn Paas seit dem 01.01.2012 40 % und der von Herrn Böddeker seit dem 01.04.2013 50 % der festen Bezüge. Herrn Trotz steht bis 31.03.2017 bei einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages eine einmalige Abfindung in Höhe eines Jahresgrundbetrages zu. Bei einer regulären Beendigung der Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen in Höhe von 55 % der festen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Im Jahr 2015 der Pensions- rückstellung zugeführt TEUR	Barwert der Pensions- ansprüche zum 31.12.2015 TEUR
Laven, Hans	805	4.544
Paas, Arnd	428	3.168
Böddeker, Hubert	733	4.237
Trotz, Andreas	611	3.173
Summe	2.577	15.122

Von den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind insgesamt TEUR 1.528 auf Verminderung des der Bewertung zugrunde liegenden Abzinsungssatzes gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung zurückzuführen.

Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Risikoausschusses sowie des Bilanzprüfungsausschusses (jeweils einschließlich beratender Teilnehmer) der Sparkasse wurde ein Sitzungsgeld von EUR 400 je Sitzung gezahlt (inkl. Fahrtkosten); die Vorsitzenden erhielten jeweils den doppelten Betrag. Für Arbeitskreise des Verwaltungsrates wurde den Teilnehmern eine Aufwandsentschädigung von jeweils EUR 200 je Sitzung gezahlt; der Vorsitzende erhielt jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Verwaltungsrat

ordentliche VR- Mitglieder	TEUR	stellvertretende VR-Mitglieder	TEUR
Bauerkämper, Jürgen	5,4	Astler, Michael	0,8
Bekiersch, Oliver	2,4	Brinkmann, Hans	-
Block, Eberhard	4,4	Budde, Holger	-
Bönigk, Hubertus	2,0	Bürger, Markus	-
Dette, Thomas	5,6	Dinkelmann, Bernhard	-
Dreier, Michael	5,6	Friedrich, Rainer	-
Friedrich, Hardy	4,4	Gräwe, Andreas	-
Giesche, Manfred	4,8	Grothe, Antonius	0,4
Grigat, Stephan	2,9	Haarmann, Kerstin	-
Hadaschik, Dr. Michael	2,6	Henze, Franz-Josef	-
Heller, Rainer	4,8	Huchtmann, Elke	-
Heuwinkel, Friedel	3,2	Ilemann, Moritz	-
Hofste, Hans	2,0	Kaup, Hans-Martin	0,4
Hösch, Hartwig	2,9	Kirchhof, Erhard	-
Hülsenbeck, Klaus	5,6	Koke, Martin	-
Hülsiggensen, Lars	2,4	Köster, Gunda	-
Hylla, Dirk	2,4	Kottmann, Ilka	-
Kalkreuter, Kurt	3,6	Lippmann, Cornelia	-
Kaup, Friedhelm	2,4	Lohr, Oliver	-
Koch, Ulrich	4,4	Mattke, Mirko	0,4
Krüger, Jürgen	1,6	Mommert, Christof	-
Lehmann, Dr. Axel	4,4	Neisens, Udo	0,4
Liebrecht, Christian	5,6	Pirsig, Ralf	-
Loke, Werner	5,6	Pollmann, Stephanie	0,8
Matz, Harald	5,4	Prott, Roland	-
Mertens, Markus	5,2	Pucker, Marco	-
Müller, Manfred	10,4	Rodewald-Tölle, Jobst-Dieter	-
Mürköster, Silke	4,8	Schäfer, Frank	-
Pohl, Uwe	4,4	Schäfers, Reinhard	-
Pohlmeier, Günther	2,4	Schulze-Waltrup, Bernd	-
Rother, Stefan	1,2	Thelaner, Jörg	-
Rücker, Jörg	2,4	Vockel-Mitrevski, Gabriele	-
Schäfer, Bernd	4,8	Werth, Stefan	0,4
Schell, Jürgen	5,4	Wiegand, Achim	-
Schön, Christoph	6,0		
Schröder, Dr. Klaus	2,4		
Schulze-Stieler, Horst	2,4		
Schumacher, Hans	5,0		
Tewes, Claudia	2,0		
Vogt, Manfred	4,4		
Wedel, Uwe	4,8		
Summe VR- Mitglieder:	164,4	Summe Stellvertreter:	3,6

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 2.248 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2015 TEUR 33.010.

Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2015 Kredite in Höhe von TEUR 602 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 6.561 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2015	2014
Vollzeitkräfte	841	855
Teilzeit- und Ultimokräfte	396	387
	1.237	1.242
Auszubildende	159	147
Insgesamt	1.396	1.389

Pfandbriefgeschäft

Die Sparkasse Paderborn-Detmold hatte im Geschäftsjahr 2011 vier Pfandbriefe nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts (Pfandbriefgesetz - PfandBG) emittiert. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet über www.sparkasse-paderborn-detmold.de erfüllt.

Darstellung zum 31.12.2015

Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe und Deckungsmassen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

	31.12.2015	31.12.2014
	Nennwert TEUR	Nennwert TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	16.000	16.000
Deckungsmasse	28.107	29.025
Überdeckung	12.107	13.025

	31.12.2015			31.12.2014		
	Barwert TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: +250 Basis- punkte) TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: -250 Basis- punkte) TEUR	Barwert TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: +250 Basis- punkte) TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: -250 Basis- punkte) TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	19.124	17.040	19.432	19.519	17.045	20.016
Deckungsmasse	32.194	27.962	33.978	33.729	29.134	35.560
Überdeckung	13.070	10.922	14.546	14.210	12.089	15.544
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 2 PfandBG	68,35 %	64,10 %	74,85 %	72,80 %	70,93 %	77,66 %

*Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Verteilung von öffentlichen Pfandbriefen im Umlauf und Deckungsmasse nach Laufzeitstruktur bzw. Zinsbindungsfristen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG (in TEUR):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR			
bis 6 Monate	-	-	1.172	2.000
über 6 Monate bis 12 Monate	-	-	1.517	970
über 12 Monate bis 18 Monate	-	-	569	265
über 18 Monate bis 2 Jahre	-	-	213	1.574
über 2 Jahre bis 3 Jahre	1.000	-	76	873
über 3 Jahre bis 4 Jahre	-	1.000	2.269	104
über 4 Jahre bis 5 Jahre	-	-	5.366	2.338
über 5 Jahre bis 10 Jahre	15.000	15.000	9.540	10.683
über 10 Jahre	-	-	7.386	10.217

Weitere Angaben nach § 28 PfandBG:

	31.12.2015	31.12.2014
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100 %	100 %
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100 %	100 %

Rückständige Leistungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Ergänzend zur Formblattbilanz ergeben sich folgende Angaben für das Pfandbriefgeschäft:

Aktivseite	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
3. Forderungen an Kreditinstitute	206.377	470.263
a) Hypothekendarlehen	-	-
b) Kommunaldarlehen	-	-
c) andere Forderungen darunter:	206.377	470.263
- täglich fällig	60.218	247.705
- gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
4. Forderungen an Kunden	4.722.748	4.585.312
a) Hypothekendarlehen	2.318.817	2.254.090
b) Kommunaldarlehen	302.956	311.857
c) andere Forderungen darunter:	2.100.975	2.019.365
- täglich fällig	135.944	150.160
- gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
14. Rechnungsabgrenzungsposten	1.506	2.592
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	1.411	2.481
b) andere	95	111

Passivseite	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	733.326	944.890
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
c) andere Verbindlichkeiten	733.326	944.890
darunter:		
- täglich fällig	28	25
- zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
- und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.815.573	4.814.944
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	16.000	16.000
c) Spareinlagen	2.060.263	2.057.857
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.845.879	1.857.502
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	214.384	200.355
d) andere Verbindlichkeiten	2.739.310	2.741.087
darunter:		
- täglich fällig	2.500.533	2.431.881
- zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
- und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	864	16.464
a) begebene Schuldverschreibungen	864	16.464
aa) Hypothekenpfandbriefe	-	-
ab) öffentliche Pfandbriefe	-	-
ac) sonstige Schuldverschreibungen	864	16.464
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-	-
6. Rechnungsabgrenzungsposten	2.316	3.408
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.176	3.249
b) andere	140	159

Verwaltungsrat

Mitglieder

Müller, Manfred
Landrat des Kreises Paderborn
- vorsitzendes Mitglied -

Heller, Rainer
Bürgermeister der Stadt Detmold
- 1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds -

Vogt, Manfred
Hausmann
- 2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds -

Grigat, Stephan
Rechtsanwalt, selbstständig

Heuwinkel, Friedel (bis 20.10.2015)
Landrat des Kreises Lippe

Dr. Lehmann, Axel (ab 10.12.2015)
Landrat des Kreises Lippe

Kalkreuter, Kurt
Oberstudienrat (Berufskolleg)

Dr. Lehmann, Axel (bis 20.10.2015)
Freier Journalist und PR-Berater

Kottmann, Ilka (ab 10.12.2015)
Lehrerin (Abendgymnasium)

Loke, Werner
selbstständiger Unternehmer
(Holz- und Bautenschutz)

Stellvertretende Mitglieder

N.N. (bis 09.12.2015)

Hilker, Frank (ab 10.12.2015)
1. Beigeordneter & Kämmerer der Stadt
Detmold

Wiegand, Achim
Beamter i. R. (Deutsche Telekom)

Brinkmann, Hans
selbstständiger Immobilienkaufmann

Schäfer, Frank
Kämmerer des Kreises Lippe

Kottmann, Ilka (bis 09.12.2015)
Lehrerin (Abendgymnasium)

Dr. Groeger, Bernd (ab 10.12.2015)
Technologieberater eines eingetragenen
Vereins

Grothe, Antonius
Dipl.-Pädagoge, Leiter einer Kinder- und
Jugendeinrichtung

Ilemann, Moritz
Lehrer i. R.

Mitglieder

Dr. Hadaschik, Michael
Dipl.-Kaufmann,
Leiter einer Konzernrevision i. R.
selbstständiger Berater für Risikoma-
nagement

Höschchen, Hartwig
Dipl.-Kaufmann (FH), wissenschaftlicher
Mitarbeiter und Büroleiter eines
Landtagsabgeordneten

Kaup, Friedhelm
Kreisverwaltungsdirektor i. R.

Schäfer, Bernd
Justizvollzugsbeamter i. R.

Schön, Christoph
Verwaltungsdirektor, Leiter der Stabsstelle
Präsidium einer Hochschule

Schulze-Stieler, Horst
Geschäftsführer einer politischen Partei
i. R.

Friedrich, Hardy
Fachwirt, kaufm. Angestellter im
Gesundheitswesen

Matz, Harald
Dipl.-Finanzwirt i. R.

Wedel, Uwe
Hauptmann a. D.

Pohl, Uwe
Lehrer (Gesamtschule)

Hofste, Hans
Dipl.-Geograph im öffentlichen Dienst

Giesche, Manfred
kaufmännischer Angestellter i. R.

Dreier, Michael
Bürgermeister der Stadt Paderborn

Stellvertretende Mitglieder

Koke, Martin
Unternehmer, Werkzeuginstandsetzung

Werth, Stefan
Dipl.-Kaufmann & Dipl.-Handelslehrer
Lehrer (Berufskolleg)

Lohr, Oliver
juristischer Referent eines eingetragenen
Vereins

Köster, Gunda
Dipl.-Sozialarbeiterin eines Hospizvereins

Schulze-Waltrup, Bernd
Verkehrsplaner einer kommunalen Gesell-
schaft

Haarmann, Kerstin
selbstständige Unternehmensberaterin

Rodewald-Tölle, Jobst-Dieter
Dipl.-Ing., leitender Mitarbeiter eines
Anlagenbauunternehmens

Friedrich, Rainer
Dipl.-Sozialpädagoge im öffentlichen
Dienst

Thelaner, Jörg
Polizeibeamter

Kirchhof, Erhard
Oberstudiendirektor (Gymnasium)

Kaup, Hans-Martin
Fotograf i. R.

Dinkelmann, Bernhard
Arbeitstherapeut i. R.

Bürger, Markus
Rechtsanwalt, selbstständig

Mitglieder

Koch, Ulrich
Beamter Deutsche Bahn AG

Mertens, Markus
Geschäftsführer einer PR-Agentur

Dr. Schröder, Klaus
Dipl.-Informatiker,
Berater in einem IT-Unternehmen

Bauerkämper, Jürgen
Sparkassenangestellter

Bekiersch, Oliver
Sparkassenangestellter

Bönigk, Hubertus
Sparkassenangestellter

Dette, Thomas
Sparkassenangestellter

Hülsiggensen, Lars
Sparkassenangestellter

Hylla, Dirk
Sparkassenangestellter

Krüger, Jürgen
Sparkassenangestellter

Mürköster, Silke
Sparkassenangestellte

Pohlmeier, Günther
Sparkassenangestellter

Rücker, Jörg
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Henze, Franz-Josef
Dipl.-Ing. Elektrotechnik, Angestellter im
öffentlichen Dienst

Budde, Holger
Rechtsanwalt, selbstständig

Pirsig, Ralf
Dipl.-Pädagoge, Lehrkraft an Fachschulen
für Gesundheitsfachberufe

Vockel-Mitrevski, Gabriele
Sparkassenangestellte

Gräwe, Andreas
Sparkassenangestellter

Mattke, Mirko
Sparkassenangestellter

Huchtmann, Elke (bis 31.03.2016)
Sparkassenangestellte

Rosenkranz, Dietmar (ab 01.04.2016)
Sparkassenangestellter

Prott, Roland
Sparkassenangestellter

Schäfers, Reinhard
Sparkassenangestellter

Pollmann, Stephanie
Sparkassenangestellte

Astler, Michael
Sparkassenangestellter

Lippmann, Cornelia
Sparkassenangestellte

Mommert, Christof
Sparkassenangestellter

Mitglieder

Schumacher, Hans (bis 31.03.2016)
Sparkassenangestellter

Huchtmann, Elke (ab 01.04.2016)
Sparkassenangestellte

Tewes, Claudia
Sparkassenangestellte

Beratende Teilnahme

Block, Eberhard (bis 20.10.2015)
Bürgermeister der Stadt Horn-Bad Mein-
berg

Rother, Stefan (ab 21.10.2015)
Bürgermeister der Stadt Horn-Bad Mein-
berg

Hülsenbeck, Klaus
Bürgermeister der Stadt Marsberg

Dr. Lehmann, Axel (ab 21.10. bis
09.12.2015)
Landrat des Kreises Lippe

Liebrecht, Christian
Bürgermeister der Stadt Lage

Schell, Jürgen
Bürgermeister der Stadt Barntrup

Stellvertretende Mitglieder

Pucker, Marco
Sparkassenangestellter

Neisens, Udo
Sparkassenangestellter

Vorstand der Sparkasse Paderborn-Detmold

Laven, Hans	Vorsitzender
Paas, Arnd	Mitglied
Böddeker, Hubert	Mitglied
Trotz, Andreas	Mitglied

Detmold, den 31. März 2016

Sparkasse Paderborn-Detmold Der Vorstand

Laven	Paas	Böddeker	Trotz
Sparkassendirektor	Sparkassendirektor	Sparkassendirektor	Sparkassendirektor

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2015

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Sparkasse Paderborn-Detmold hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Paderborn-Detmold besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Paderborn-Detmold definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 TEUR 188.654.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 1.231.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 39.973.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag von TEUR 21.524 sowie der Sonstigen Steuern von TEUR 287 ergibt sich ein Nettogewinn von TEUR 18.162. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Paderborn-Detmold hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Paderborn-Detmold für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 13.04.2016

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
Prüfungsstelle

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Dittrich
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat ist vom Vorstand regelmäßig und zeitnah über die Eckdaten der Geschäftsentwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse informiert worden. Aufgabengemäß hat der Verwaltungsrat die Führung der Geschäfte der Sparkasse überwacht und in regelmäßigen Sitzungen u. a. die gesetzlich vorgeschriebenen Beschlüsse gefasst.

Die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht des Jahres 2015 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Über das Ergebnis der Prüfung wurde dem Bilanzprüfungsausschuss und dem Verwaltungsrat ausführlich berichtet.

Der Verwaltungsrat hat daher den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 in geprüfter Fassung festgestellt und den Lagebericht gebilligt. Für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr spricht der Verwaltungsrat dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung aus.

Detmold, 29. April 2016

Der Verwaltungsrat

Manfred Müller

Landrat des Kreises Paderborn
Vorsitzender

Rainer Heller

Bürgermeister der Stadt Detmold
Stellvertretender Vorsitzender